

GEMEINSAMER ANTRAG
von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und GRÜNE
zur
DRINGLICHEN BEHANDLUNG

Betr.: Finanzielle Unterstützung der GKB bei der Neuanschaffung
von Triebwagengarnituren - Petition an die Stmk. Landesregierung

GR. Peter MAYR

11.11.2004

Die GKB, als bedeutendes steirisches Verkehrsunternehmen, betreibt mehrere Eisenbahn- und Buslinien in den Bezirken DL, VO, GU und Graz und befördert auf Schiene und Straße tagtäglich tausende PendlerInnen und SchülerInnen. Es wird dadurch ein großer Beitrag zur öffentlichen Versorgung von Mobilität in der Region wie auch zur Vermeidung von Individualverkehr in den Ballungsgebieten geleistet, insbesondere unter den gegebenen Umweltproblematiken in Graz.

Im Rahmen von Studien durch das Büro Fallast wurde festgestellt, dass die Weststeiermark das größte Fahrgastpotential aller nach Graz führenden Korridore aufweist. Verglichen mit Angeboten auf anderen Korridoren weist die Weststeiermark allerdings linienspezifisch vergleichsweise geringe Verkehrsangebote auf der Schiene aus. Dies zeigt sich im Modal Split der öffentlichen VerkehrsbenutzerInnen auf den vier errechneten Bahnkorridoren.

Die GKB führt derzeit bedeutende Investitionen in die Schieneninfrastruktur durch und plant darüber hinaus die Anschaffung neuer Triebwagen.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen der im Gemeinderat vertretenden Parteien von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ u. GRÜNE den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

Der Gemeinderat der Stadt Graz richtet daher an die Steiermärkische Landesregierung folgende Petition:

a. Förderung der GKB bei der Beschaffung von neuen, zeitgemäßen und komfortablen Triebwagen, ähnlich wie es das Land Steiermark bei der ÖBB bereits für die Oststeiermark umsetzt. Die derzeitigen Triebwagen der GKB sind dem Fahrgast auf Grund mangelnden Komforts infolge Überalterung kaum mehr zuzumuten.

b. Unterstützung bei der Umsetzung und Finanzierung der vom Gemeinderat der Stadt Graz zum Ausbau des schienengebunden ÖV projektierten und beschlossenen Maßnahmen, u.a. auch jener Projekte, die eine Verknüpfung des Straßenbahnnetzes mit dem Netz der GKB ermöglichen würden.

c. Beschleunigte Forcierung des Projektes Steirertakt

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 11.11.2004
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Schließung von Pflichtschulen

Je größer eine Schule ist, umso wirtschaftlicher scheint sie zu sein. Kleine Schulen „rentieren“ sich nicht, sind finanziell uninteressant. Den Mythos, den gibt es schon lange. Heute aber, in Zeiten des „Brain – washing“ geht man ans Werk. Da heißt es „wir haben kein Geld“, „wir dürfen keine neuen Schulden machen“, „wir brauchen ein Nulldefizit“. **Und über diese Klinge müssen nun die Schulen, und noch schlimmer, die betroffenen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen springen.**

- Fernab aller Überlegungen und abgesicherter pädagogischer Erkenntnisse, unter welchen Bedingungen Erziehungs- und Unterrichtsarbeit erfolgreich durchgeführt werden kann.
- Fernab jedweden Diskurses, wie sehr Kinder in unserer immer weniger Halt und Orientierung gebenden, ja Ängste erzeugenden Welt Menschen brauchen, die ihnen Zeit, Verständnis und Hilfe geben können.
- Fernab jeglicher Reflexionen über die Belastung der LehrerInnen, die sich in Klassen mit bis zu 30 Kindern einstellen müssen
 - auf Kinder mit SPF,
 - Kinder mit nicht deutscher Muttersprache,
 - Kinder mit Teilleistungsstörungen,
 - Kinder mit besonderen Verhaltensauffälligkeiten,
 - Kinder, die in die Trennungskonflikte ihrer Eltern hineingezogen werden,
 - Kinder mit Drogenerfahrungen,
 - Kinder mit Gewalterfahrungen,
 - Kinder mit Missbrauchserfahrungen...

Fernab all dieser Argumente werden SchülerInnen im großen Stil zwischen Schulen hin- und hergeschoben und in letzter Konsequenz die ausgehungerten Schulen geschlossen.

Hand aufs Herz, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo würden Sie ihr Kind, für das Sie den besten Grundstein für sein Leben legen wollen, zur Schule schicken?

Der Gemeinderat hat es als Schulerhalter der Stadt Graz in der Hand, die laufende Unterwanderung einer pädagogisch wertvollen Schulpolitik hintanzuhalten und noch darüber hinaus - ein neues Verständnis von Schule zu entwickeln. Das Verständnis einer Schule, die mehr als nur ein Ort des Unterrichts ist. Das Verständnis einer Schule, die als

Kommunikations- und Begegnungszentrum Mittelpunkt ihres Bezirks ist. Einer Schule, die die Mauern niederreißt und das Leben hereinlässt.

Das bedeutet ihre verstärkte Öffnung zur Außenwelt und eine konsequente Nutzung ihrer Ressourcen:

- Das Öffnen der Räume für Initiativen, Vereine, Theatergruppen, Musikgruppen, Orchester etc.
- Für eine Bridgerunde der SeniorInnen genauso wie für eine Selbsthilfegruppe von Eltern verstorbener Kinder, für einen Schachverein genauso wie für eine Tangogruppe.
- Das alles unter der Veranschlagung leistbarer Mieten für alle. Damit die Schule zum pulsierenden, lebendigen Mittelpunkt, kurz zur Drehscheibe in ihrem Umfeld wird.

Das Schließen einer Kleinschule ist der Verlust einer wertvollen Ressource für den jeweiligen Bezirk und seine BewohnerInnen. Dem entgegenzuwirken sollte der Gemeinderat als seine Verpflichtung betrachten.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens der Grünen ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

1. jede Einschränkung bzw. Veränderung des bestehenden Angebots der VS Ries, der VS Wieland und der HS Krones wird abgelehnt,
2. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, zur Stärkung der Standorte der Grazer Schulen als lebendige Stadtteilzentren für Bildung und Kultur nach dem Vorbild anderer Schulen, ein Konzept für eine breite, öffentliche Nutzung schulischer Infrastruktur (z.B. Bibliotheken, Sportplätze, Räumlichkeiten) zu erarbeiten.

Gemeinderat

Mag. Harald Korschelt

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

11.11.2004

Betrifft: Videoüberwachung am Jakominiplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Immer wieder wird in den Medien von Straftaten am Jakominiplatz berichtet. Aus Polizeikreisen ist bekannt, dass der Jakominiplatz zu einem Drogenumschlagplatz verkommen ist. Von Taschendiebstählen, über Belästigungen und massiven Bedrohungen, Schlägereien und Körperverletzungen bis hin zum tragischen Tod eines Schülers reicht bereits das Gewaltspektrum. Der Tod eines jungen Menschen muss uns allen zu denken geben.

Es ist längst nicht mehr angebracht, sich beim Thema Jakominiplatz hinter parteipolitischen Überlegungen zu verstecken. Unabhängig von der politischen Ideologie sind alle in den Gemeinderat gewählten Mandatäre dazu berufen, endlich aktiv zu werden und einzugreifen. Seit Jahren fordern die Grazer Freiheitlichen im Gemeinderat eine Überwachung durch Videokameras, wie sie in anderen Städten, wie in Villach, Spittal an der Drau und Wolfsberg, bereits 'Gang und Gebe' ist. Bis dato wurden wir verlacht und als Panikmacher diffamiert. Der Tod eines jungen Menschen muss uns allen zu denken geben.

Natürlich ist mir das beliebte Gegenargument, es komme dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Kriminalität bekannt und ich muss dieser Überlegung auch zum Teil recht geben. Es wird selbstverständlich etwa die Drogenkriminalität dadurch nicht verhindert werden, aber es wird zumindest dort ein Ende haben, wo tausende Kinder tagtäglich gezwungen sind ihren Schulweg zu nehmen. Das primäre Ziel der Überwachung des Jakominiplatzes mittels Videoüberwachung ist nicht die Bekämpfung der Kriminalität an sich, sondern in erster Linie, einen Platz für Menschen – der in Wahrheit das eigentliche Zentrum dieser Stadt darstellt – sicher und gefahrlos zu gestalten. Der Tod eines jungen Menschen muss uns allen zu denken geben.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

DRINGLICHEN ANTRAG:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass unverzüglich mit der Bundespolizeidirektion Graz Gespräche aufgenommen werden, an welchen Punkten Videokameras zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Jugend errichtet werden sollten.

A N T R A G

Betr.: Dringlicher Antrag der FPÖ zu „Videoüberwachung am Jakominiplatz“ -
Abänderungsantrag

Namens der Gemeindefraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne stelle ich
folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass unverzüglich mit der Bundespolizeidirektion Graz Gespräche aufgenommen werden, durch welche Maßnahmen am Jakominiplatz (beispielsweise durch Errichtung einer Notrufsäule, eines Safety-Points, verstärkte Kontrolle des Verbotes des Verkaufs von Waffen, insbesondere Springmessern, die ausreichende personelle Ausstattung der Polizei, Verstärkung der Polizeifußstreifen) der Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, verbessert werden kann. Die Grundlagen für diese Gespräche mit der Bundespolizeidirektion sollen in dem am 13.9.2004 vom Gemeinderat per dringlichem Antrag beschlossenen Arbeitskreis gegen Kriminalität erarbeitet werden, dem VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, VertreterInnen aus den Bezirken, der Grazer Polizeidirektion sowie namhafte ExpertInnen angehören und der bis spätestens bis Ende dieses Jahres dem Gemeinderat einen Zwischenbericht über einen „Sicherheitskatalog“ für Graz vorzulegen hat.